



ICKINGER SCHAUKASTEN

Herausgegeben von der
Ickinger SPD

Juli 2000

19. Jahrgang
64. Ausgabe

*Sehr geehrte Mitbürgerinnen und
Mitbürger, liebe Nachbarn,*

vielleicht haben Sie schon bemerkt, dass sich in Icking in jüngster Zeit ein weiteres Thema zwischen die Dauerbrenner „Kanal“ und „Wasser“ und neuerdings „Mobilfunk“ gemischt hat. Ein auf den ersten Blick harmloses, welches aber einen ganz erheblichen Sprengstoff für die Zukunft in sich birgt.

Ich rede von der Neueinteilung der Wahlkreise für die kommende Landtagswahl. Die führt nach den gegenwärtigen Plänen der Staatsregierung dazu, dass auch aus Wahlkreisen, die **nicht** aufgelöst werden, bestimmte Gemeinden entnommen werden und anderen Wahlkreisen zugeschlagen werden. Dies hat den Sinn, dass nach dem Neuzuschnitt keiner der Wahlkreise über- oder unterhalb einer bestimmten Zahl von Wahlberechtigten liegt. Soweit so gut. Jedoch habe ich schwere Bedenken gegen das, was man zur Zeit aus dem Innenministerium vernehmen kann. Nach Auflösung des Wahlkreises Garmisch, sollen dessen Gemeinden den Wahlkreisen Bad-Tölz und Weilheim-Schongau zugeschlagen werden. Der Wahlkreis Bad-Tölz soll wiederum die Gemeinden ICKING und MÜNSING an Starnberg abgeben. Dies ist in meinen Augen willkürlich, es gäbe bessere Vorschläge.

Für uns hätten die gegenwärtigen Pläne ganz erhebliche Nachteile. Wir

sind ohnehin schon eine randständige Gemeinde im Landkreis. Die meisten Wahlkreise stimmten bis jetzt mit dem Gebiet der Landkreise überein, so dass der oder die Abgeordnete im Bayerischen Landtag immer auch die Interessen des Landkreises wahrnehmen konnte. Werden die in Frage stehenden Gemeinden jetzt aus ihrem alten Verband herausgerissen, werden sie sich zu Stiefkindern entwickeln, für die sich niemand so recht mehr interessiert. Denken wir nur mal an unser Gymnasium oder die Interessenvertretung bei anstehenden Grossprojekten. Ickings Stimme wird keine adäquate Vertretung mehr finden. Der Weg zu einer erneuten Gebietsreform wird breiter und dabei hat unser Landkreis erst die Gebietsreform von 1972 verkraftet.

Deswegen kämpfen wir auch parteiübergreifend gegen den gegenwärtigen Plan, lediglich Icking und Münsing zu verstossen. Noch scheint das Thema an vielen ohne grosses Interesse vorbeizugehen, es wird uns aber nur dann gelingen, die gegenwärtigen Pläne der Staatsregierung aufzuhalten, wenn wir uns sichtbar dagegen wehren. Ich bitte Sie herzlich, unterstützen Sie die Arbeit der Ickinger Parteien zur Abwehr dieses Schnellschusses. Sprechen Sie Ihre Mandatsträger und Interessenvertreter an, zeigen Sie uns, dass wir als Parteien einen entsprechenden Rückhalt in der Bevölkerung haben!

Herzliche Grüsse

JHS
Frank Jergs

Bericht aus dem Gemeinderat

von Martina Mayer-Voigt

Die Gemeinderatssitzungen im 1. Halbjahr 2000 befassten sich u.a. mit Themen wie Mobilfunkversorgung im Gemeindebereich, Sportanlage bei der Sprungschanze, Situation der Ickinger Kinderbibliothek und Durchführung des Pfadi-Cafés.

Ein relativ neues Thema im Gemeinderat ist die Errichtung von Mobilfunkstationen im Gemeindebereich. Der Standort südlich des Bauhofes wurde wegen der nahen Wohnbebauung vom Gemeinderat abgelehnt. Alternative Standort fern der Wohnbebauung wurden von den Betreibern vorgeschlagen. Trotzdem begannen die Betreiber am abgelehnten Standort ihre Bauarbeiten, wie man der Zeitung vom 20./21. Mai entnehmen konnte. Wie stellt sich die rechtliche Situation dar: Genehmigungsfrei sind sämtliche Antennen, Masten sind genehmigungsfrei bis zu einer Höhe von 10 Metern. Die Mobilfunkbetreiber haben kein Interesse an der Errichtung höherer Masten (genehmigungspflichtig), sondern verfolgen die Zielrichtung des flächendeckenden Netzausbaus (Kundendruck), d.h. es ist eine privatrechtliche Vereinbarung zwischen Grundstückseigentümer und dem Mobilfunkunternehmen.

Der Antrag aus der Bürgerversammlung zu Mobilfunkanlagen wurde vom Gemeinderat abgelehnt, da sich die Gemeinde im Moment noch auf keine rechtlichen Möglichkeiten zur Verhinderung der Anlage stützen kann. Die Mitbestimmung der Kommunen bei der Aufstellung von Sendemasten ist also drastisch eingeschränkt! Schon vorhandene Bürgerinitiativen fordern eine neue Gesetzesvorlage zur Bayrischen Bauordnung mit dem Ziel, Mobilfunkanlagen **in Wohngebieten** zu verhindern und vor allem den Kommunen mehr Mitspracherecht einzuräumen.

Die Gegner der Errichtung der Sportanlage sind mit ihrem Bürgerbegehren gescheitert. Zwar waren die formalen Kriterien des Bürgerentscheides erfüllt, doch ist der Ansprechpartner nicht mehr die Gemeinde, sondern die beiden Sportvereine. Damit ist den Gegnern des Sportplatzes das rechtliche Fundament für einen Bürgerentscheid entzogen. Zur Erinnerung: Das Landratsamt

erteilte die Baugenehmigung für den Sportplatz. Auch der nächste juristische Schritt der Sportplatzgegner bedeutet keine Verzögerung des Bebauungsplans.

Die Ickinger Kinder- und Jugendbibliothek wird umziehen müssen, voraussichtlich in den Werkraum des Kindergartens oder in einen Gruppenraum der Grundschule. Es bedeutet in jedem Fall eine Verschlechterung der Raumsituation für die Bibliothek, die im Jahre 1982 gegründet und 1994 nach Umbau des Schulhauses in ein nicht benötigtes Klassenzimmer im Zentrum der Schule umgezogen ist. Seit der Schuleinschreibung Anfang April steht fest, dass die Schule 8 Klassenräume benötigen wird. Die Entwicklung der Schülerzahlen ist steigend, die Tendenz bis zum Jahre 2004/5 gleichbleibend. Die Kinder- und Jugendbibliothek soll nach Meinung aller Beteiligten unbedingt auf dem Schulgelände bleiben, nützen doch die Grundschul- und Kindergartenkinder sie doch in erfreulicher Weise. Diese Negativentwicklung war dem Gemeinderat und dem Bürgermeister seit Mitte November durch ein Info-Schreiben des Grundschulleiters bekannt. Lösungsvorschläge gibt es einige, doch welche sind politisch durchsetzbar? Kinder und Jugendliche haben keine Lobby, schon gar nicht im Ickinger Gemeinderat. Die Kinder- und Jugendbibliothek: ein dicker Minuspunkt im Ickinger Kulturprogramm 2000!

Warum fällt es dem Gemeinderat jedes Jahr aufs neue so schwer, dem Pfadi-Café seine Genehmigung zu erteilen? Sicher, die Jugendlichen verhalten sich anders, als es ein Gemeinderat erwartet, einige wenige (!) Bürger beschwerten sich über Lärm und nach ihrer Meinung unzumutbare Zustände – entsprechende Auflagen wurden vom Gemeinderat erteilt. Die Interessen der Grundschule sind zu berücksichtigen, auf deren Gelände das Pfadi-Café stattfindet, die Veranstaltung wurde auf 4 Tage gekürzt.

Meiner Meinung nach ist es die Aufgabe eines Gemeinderats, den Bedürfnissen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen einer Gemeinde Rechnung zu tragen – eben auch den Jugendlichen! Dass diese Bedürfnisse nicht von allen Gruppen gleichmäßig geteilt werden, liegt in der Natur der Sache. Rechtzeitige Absprachen mit allen Beteiligten und Einhaltung der gemeindlichen Auflagen werden uns hoffentlich auch in Zukunft das Pfadi-Café erhalten und uns die Entscheidung im Rat leichter treffen lassen.

Letzte Meldung aus der lokalen Agenda Icking

von Florian Reichhold

Nein, nicht das Sterbeglöcklein hat der Agenda geläutet. Ja, wir sind immer noch ein Dutzend Aktiver mit 40 bis 60 Sympathisanten. Sicherlich, der Agendagründer, Herr Kreuzer, ist in den 'Ruhestand' getreten und wir haben mit Absicht und nicht etwa aus Personalmangel keinen neuen Vorsitzenden gewählt, weil wir versuchen wollen, das gemeinschaftlich zu machen - wir wollen modern sein. Für alle Anliegen ist Herr Straube aus der Ulrichstrasse die erste Anlaufstelle.

In einem wollen wir uns allerdings bescheiden: wir befassen uns nicht mit Gott und der Welt, sondern mit naheliegenden und praktischen Angelegenheiten unserer Gemeinde, wollen Ansprechpartner für Probleme aus unseren Ortsteilen und Vermittler gegenüber dem Gemeinderat und der Gemeindeverwaltung sein.

So hat der Rat letzten September über unseren detaillierten Antrag zu Verkehrsproblemen in der Gemeinde entschieden. Wir werden demnächst ein Gespräch mit Bürgermeister Guggenmos haben, warum die Gemeindeverwaltung diesbezüglich nichts unternommen hat.

Wir haben den Anstoss zur Anschaffung der Photovoltaikanlage am Rathaus gegeben und der spendenquittungsfähige Bund Naturschutz hat rund 5000 DM dafür gesammelt.

Kopfzerbrechen und erhebliche Eigenkosten hat uns die Vorbereitung eines Antrages an den Gemeinderat gekostet, das gemeindeeigene Grundstück an der Sparkasse, wenigstens interimswise bis zur endgültigen Verwendung, den Bürgern, insbesondere Kindern und Jugendlichen zu öffnen. Ein Leistungskurs des Gymnasiums hat ein halbes Dutzend lustige und nicht in jedem Fall aufwändige Entwürfe gefertigt.

Dazu und zu den Verwendungsmöglichkeiten unserer Sickergruben für eine zukünftige Regenwassernutzung möchte Sie im Juli die AGENDA mit ihrem eigenen, gelben Informationsblatt unterrichten.

Protest in Icking

von Wolfgang Bambuch

Am 22. Mai fand beim Paradieschen am Wenzberg eine Protestveranstaltung, privat organisiert und angekündigt, gegen einen halb fertigen Mobilfunkmasten südlich des gemeindlichen Bauhofes statt. Unser Bürgermeister erschien und mit ihm nach meiner Zählung immerhin 60 bis 70 Mitbürger. Das entspricht nahezu einem Drittel des Besuches bei einer Bürgerversammlung.

Sie alle kamen wegen ihrer Befürchtung, wie weit sie wohl durch den jetzigen Masten oder durch die offensichtlich weiteren geplanten Masten in und um Icking gefährdet würden. Denn, so sickerte bei dem Treffen durch, es gehe nicht nur um eine Erweiterung, sondern um einen Neuaufbau des Antennennetzes. Nachdem der Bürgermeister darlegte, dass der jetzt bevorstehende Mast gerade noch genehmigungsfrei sei, wurden die verbliebenen Möglichkeiten diskutiert, wie man diese mutmasslich schadenstiftenden Einrichtungen verhindern und wie man ähnlich angsterregende Planungen in den Griff bekommen könnten. Immerhin ist die Entfernung zu den Häusern nur etwa 70 bis 80 Meter.

- Verbot nach Bauplanungs- oder Immissionschutzrecht? Bisher gibt es im juristischen Sinne keinen anerkannten Nachweis einer Gesundheitsgefährdung.
- Boykott, zum Beispiel durch Kündigung von privaten Mobilfunkverträgen gegenüber den Betreibern? Das wird wohl spätestens beim weiter entfernt wohnenden, ungefährdeten Kunden scheitern.
- Formblätter zur individuellen Detailabfrage bei den Betreibern? Papier ist geduldig und diese Gesellschaften insoweit wohl auch.

So blieb zunächst Ratlosigkeit. Wir vom Ortsverein haben jetzt einiges Material zur Situation zusammengetragen. Es sind dies nur Vorschläge und Anregungen zur Diskussion. Vieles ist im Fluss. Diskutieren Sie deshalb mit, auch wenn Sie sich nicht gefährdet fühlen. Das Thema ist viel grösser als der lokale Bezug und es geht darum, dass wir alle in eine hochmobile, drahtlose „Neuen Welt“ ohne Gesundheitsbeschädigung und Spätfolgen ankommen.

Nachtrag:

In der letzten Gemeinderatssitzung Anfang Juli, lag der Antrag einer Mitbürgerin vor, der vorsah, von Seiten der Gemeinde auf die Verträge der Grundeigner mit den Betreibern über Satzungen, insbesondere nach dem Baugesetzbuch, Einfluss zu nehmen. Bedauerlicherweise musste die überwiegende Ratsmehrheit dagegen stimmen: Eine solche Beschränkung der grundgesetzlich geschützten Eigentums- und Vertragsfreiheit darf nur vom Gesetzgeber durch direkte Regelung verfügt werden. Und ein Gemeinderat ist eben nicht Gesetzgeber, sondern rechtlich lediglich Verwaltungsorgan.

Solche Zwänge sollten aber niemanden entmutigen, über inhaltliche Regelungen nachzudenken. Das rechtliche Kleid wird sich schon finden. Ich habe dazu in der letzten Sitzung Vorschläge unterbreitet, wie etwa durch Änderung von Flächennutzungsplänen im Aussenbereich und Bebauungsplänen im Innenbereich die Gemeinde „das Heft in der Hand behalten könnte“. Diese sind noch nicht endgültig ausgereift und vermochten auch noch nicht den Bürgermeister zu motivieren. Der Ortsverein der SPD wird diesbezüglich aber am Ball bleiben.

Einfache Lösungen sind nicht in Sicht

Aber mehr Ehrlichkeit wäre beim Thema Mobilfunkmasten zu wünschen

von Klaus Barthel, MdB

Viele Menschen und besonders die Medien sind von der universellen und mobilen Telekommunikation begeistert. Länder mit hoher Handy-Zahl pro Kopf gelten als fortschrittlich. Finnland zum Beispiel, dort besitzen 80% der Bevölkerung ein Mobiltelefon. Andere Staaten wie die Bundesrepublik gelten als rückständig, werden aber als wichtige Märkte unter den Anbietern gehandelt.

Ich höre nur sehr wenige Stimmen, die dem skeptisch gegenüberstehen. Kaum jemand fragt, ob unser hochleistungs- und ausbaufähiges

Festnetz aus Qualitätsgründen und wegen des Gesundheitsschutzes nicht vielleicht doch zukunftstauglicher ist als das Mobilnetz.

Deswegen mein erster Appell an die Ehrlichkeit in Form einer Frage: Sollen wir eine umwelt- und industriepolitische Entscheidung treffen, die die Priorität auf das Festnetz legt? Wer setzt sie um und wie?

Mein zweiter Appell an die Ehrlichkeit: Bis heute ist unklar, in welchem Masse elektromagnetische Felder von Mobilfunkanlagen gesundheitsschädlich sind. Wenn aber zur Zeit selbst von den Gerichten keine Hilfe zu erwarten ist, dann soll bei der Frage der Nutzung der Mobilfunktechnik jeder, der sich bedroht sieht auch bei sich selbst die Konsequenz ziehen. Ich weiss, dass das ein schwacher Trost für diejenigen ist, die verzichten und trotzdem betroffen bleiben.

Die Vision der Mobilfunkunternehmen ist ebenso klar wie realistisch. Das derzeitige Wachstum der Kundenzahl alleine zieht schon ein ständiges Wachstum der Infrastruktur nach sich. In näherer Zukunft wird sich die Zahl der vorhandenen Masten verdoppeln, möglicherweise sogar verdreifachen. Es hilft alles nichts – die Masten folgen den Kunden! In die Städte und Dörfer, entlang der Autobahnen und sogar auf die Berge. Je weiter der Mast vom einzelnen Handy-Nutzer entfernt ist, desto stärker, desto potenziell ungesünder sendet er:

Klar ist auch, dass die sogenannte breitbandige Mobilkommunikation, also die mobile Internet-Nutzung mit dem UMTS-Standard, nach dem jetzigen Stand der Technik nochmals eine Verfünfachung der technischen Infrastruktur nach sich ziehen wird. Sie soll ab Sommer diesen Jahres aufgebaut werden.

Neue Konflikte in den Kommunen sind damit vorprogrammiert. Die kommunalen Spitzenverbände sind sehr vorsichtig geworden mit ihrer teilweise erhobenen Forderung nach der Planungshoheit auch für bisher genehmigungsfreie Masten unter 10 Meter Höhe. Verwaltung und Räte wissen, dass sie mit der Planungshoheit auch für diese Anlagen bei jeder einzelnen in einem Genehmigungsverfahren alle Diskussionen und den Streit auf ihre eigenen Schultern nehmen müssten.

Die Telekommunikations-Unternehmen lehnen das selbstverständlich ab. Sie fürchten erhebliche Verzögerungen beim Ausbau ihrer Netze, was für sie erhebliche Einnahmeausfälle bedeuten würde. Gleichzeitig sehen sie gleiche

Wettbewerbschancen gefährdet, wenn Standorte der Konkurrenten möglicherweise genehmigt werden, eigene aber nicht.

Klar ist weiter, dass es auch bei uns Landkreis eben nicht nach dem Motto gehen kann: Handy ja, aber Mast nein, Liberalisierung der Telekommunikation und schrankenloser Wettbewerb ja, aber Mast auf dem Dach gegenüber nein, Niedrige Sendeleistung und elegant in einer Waldmunde versteckte Masten ja, aber trotzdem allerorten hervorragende Empfangsqualität!

Ich persönlich halte ein verbindliches Übereinkommen zwischen Kommunen und Mobilfunkbetreibern über Informationspflichten, Anhörungs- und Schiedsverfahren bei Konflikten für eine kurzfristig praktikable Lösung. Damit wäre die Information der Bürgerinnen und Bürger und ihre Beteiligung am Ort sichergestellt, gleichzeitig sind Kommunen wie Betreiber in der Pflicht. Mit dem im Moment praktizierten Schwarzer-Peter-Spiel wäre Schluss. Anders als bei den bisherigen "Paketen" der CSU-Staatsregierung muss eine dritte Stelle die Schiedsrichterfunktion übernehmen und ein solches Übereinkommen umsetzen.

Interessant ist, dass Edmund Stoiber zur Lösung des Problems nach der Europäischen Union ruft. Das entlarvt ihn, der sonst immer den hehren Glauben an Subsidiarität und Föderalismus predigt, einmal mehr als Vertreter der allzuständigen Verantwortungslosigkeit.

In der Gemeinde sind wir alle gefordert, die angesprochenen Probleme offen zu diskutieren. Auf der Bundesebene müssen wie die Forschung über die Auswirkungen und die weitere Entwicklung der Technik vorantreiben. Grenzwerte müssen auf den jeweils niedrigst möglichen Wert abgesenkt werden. Es sind bereits Forschungsanstrengungen und die Absenkung von Grenzwerten in die Wege geleitet. Wer rechtliche Veränderungen bei der Genehmigungspflicht will, der soll es bitte laut und deutlich sagen. **Ich meine: Die Debatte hat noch gar nicht richtig begonnen!**

Impressum:

Der Schaukasten wird von der Ickinger SPD herausgegeben.
V.i.S.d.P.: Frank Jaeger, Irschenhauser Str. 75, 82057 Icking;
Redaktion: F. Jaeger, E.v. Savigny, A.v. Hofacker, I. Kugelmann, F. Reichhold, G. Jakobi, C.v. Beckerath. Auflage: 1200 Stück; Druck: Fa. Paetzmann, Wolfratshausen.

Wasser:

Versorgungssicherheit muss Vorrang haben!

von Frank Jaeger

In der letzten Bürgerversammlung der Gemeinde war Bürgermeister Guggenmos mit den Worten zu vernehmen, der Gemeinderat sei sich einig, dass die Eigenständigkeit der gemeindlichen Wasserversorgung die erste Zielsetzung haben müsse. Das reizt zum Widerspruch, denn damit wäre ein kommunaler Eigenbetrieb reiner Selbstzweck. **Das oberste Gebot muss aber lauten, die Bevölkerung mit dem Lebensmittel Nummer Eins sicher zu versorgen!** Das heisst, in ausreichender Menge mit höchster Qualität. Der Bürgermeister hat mir gegenüber diese Aussage relativiert und will sie vielmehr im Sinne der Überschrift verstanden wissen. Also nur eine missglückte Wortwahl in der Bürgerversammlung? Nun, zum Ziel führen viele Wege und noch ist meiner Meinung nach nicht sicher, welcher der gangbarste Weg ist. Wer darüber diskutiert, sollte die Fakten kennen und die habe ich versucht, für den SCHAUKASTEN zu recherchieren.

Das Ickinger Wassernetz in seiner heutigen Form geht zurück auf das Jahr 1966. Der damals noch selbständige Ortsteil Dorfen hat bis heute eine eigene Wasserversorgung, die aus den Höhenrainer Brunnen gespeist wird. In Icking beträgt die Gesamtlänge ungefähr 35 Km. Überwiegend wurden Gussrohre verlegt. Damals Stand der Technik, hat der Grauguss das Problem, dass er sehr spröde ist und leicht bricht, der duktile Guss, dass er nicht völlig korrosionsbeständig ist. Pro Jahr beheben die Gemeindearbeiter ca. 10 bis 15 Schäden an der Hauptleitung, aber nochmals die gleiche Anzahl geht auf die Rechnung schadhafter Hausanschlüsse. Unter der Leitung des Ickinger Wasserwartes, Stefan Burlein, konnte durch grossen Einsatz der einst horrenden Wasserverlust von teilweise mehr als 30% wieder auf ein akzeptables Mass gesenkt werden. Wie man generell auch sagen muss, dass trotz intensiver Wartung und Überwachung mit modernen Methoden, die Kosten überraschend gering sind. Für Pflege und Wartung werden um die 50.000 DM pro Jahr ausgegeben, nochmals der gleiche Betrag geht investiv in Schieber und Hydranten.

Ich denke, das ist eine erfreuliche Effizienz und für unser sprichwörtliches Lebenselixier nicht zuviel. Wenn wir in die Zukunft blicken, stellen sich aber grössere Probleme als die, die wir mit dem Netz haben. Sie ahnen es - es sind die Brunnen. Ich will hier nicht auf die in der Vergangenheit teilweise mit grosser Erbitterung geführte Frage über die Sicherheit der Brunnen reden. Auch deswegen nicht, weil zu jeder - auch der nur vermeintlichen - Expertenmeinung auch eine Gegenmeinung existiert. Mein Ansatzpunkt ist das Auslaufen der sogenannten Wasserrechtsbescheide, also der rechtlichen Genehmigung, aus den vorhandenen Brunnen Trinkwasser zu fördern. Damit ist klar, in der Zukunft brauchen wir eine neue „Quelle“. Die kann aber überall liegen. Auf dem Grund der Gemeinde, einer Nachbargemeinde oder auch weit entfernt in einem Verbund. Man muss diese Quelle auch nicht im eigentlichen Sinne „besitzen“.

Hierzu muss man wissen, dass für einen neuen Brunnen ohne die Probebohrung, die pro Stück mit ca. 80.000 DM zu Buche schlägt, um die 300.000 DM fällig werden. Der geplante neue Standort, nicht weit entfernt vom Wasserhaus, also dort, wo bereits eine Probebohrung niedergebracht wurde, hätte den Vorteil, dass auf das vorhandene Leitungsnetz kostengünstig zugegriffen werden könnte. Eine Hauptleitung zu verlegen, kostet 400 DM für den laufenden Meter. Das muss man berücksichtigen, wenn man alternativ einen Bezug zum Beispiel von den Stadtwerken München (SWM) oder einem privaten Betreiber in Erwägung zieht. Planungen, von der Leitung der SWM in Holzen Wasser zu beziehen, hätten also den Vorteil, dass keine Investitionen für Brunnen anfallen, sehr wohl aber weit über 1 Mio. DM für eine Leitung bis Irschenhausen. Diese Investition muss sich im Wasserpreis niederschlagen und dann müsste das Angebot der SWM zum Bezug, denn der kostet ja auch, schon sehr, sehr günstig sein, damit es sich rechnet.

Eine weitere Möglichkeit besteht in einem **Verbund**. Schon lange existiert eine Notverbundleitung mit der Gemeinde Schäftlarn. Anschlussstelle ist die Max-Rüttgers-Siedlung. Und dieser hat anlässlich der jüngsten Probleme auch sehr zufriedenstellend funktioniert. Die Schäftlarn erkunden zur Zeit neue Quellen in Schorn. Es ist zumindest vorstellbar, dass - die entsprechende Ergiebigkeit vorausgesetzt - mit nicht zu hohen Kosten aus dem Notverbund ein Vollverbund wird. Kosten werden auch in diesem Fall

entstehen, da technisch der Notverbund einer Dauerbelastung nicht gewachsen ist. Meine Frage ist nun, ob diese Alternative ebenso mit spitzem Bleistift durchgerechnet wurde?

Wie gesagt, eine kommunale Eigenständigkeit auch bei der Förderung ist reiner Selbstzweck. Schon der Ausbau und der Unterhalt des Netzes ist, wie gezeigt, eine grosse Aufgabe. Über allem steht aber die Versorgungssicherheit der Bevölkerung. Dann kommt der Wasserpreis, denn niemand zahlt gerne mehr als nötig. Und zuletzt dann das Prestige. Vorausgesetzt, alle Alternativen bringen den gleich hohen Grad an Versorgungssicherheit, muss der Preis entscheiden, alles andere ist Verschwendung von Steuergeldern und Abgaben.

Irschenhausen, Kloster Schäftlarn und der Rest der Welt

von Lore und Pitt Baumüller

Wer die schöne Klosterkirche in Schäftlarn besucht, wird an manchen Bänken sehr alte Platztafeln (von etwa 1860) mit Namen von Irschenhausenern finden: Angermüller, Zell und Irschenhausen, Frech, Feichtmeier, Häuslmeier, Marxhof Zell, Gut Holzen, Stockinger, Schmotzenbäuerin, Anna Urban Irschenhausen.

Was hat das zu bedeuten? Warum sind die Bauern aus Irschenhausen den weiten Weg ins Kloster gegangen? Wäre es nicht nach Icking viel näher gewesen? Wir haben versucht, die Gründe dafür ein bisschen herauszufinden.

Das Kloster Schäftlarn wurde 760 als Benediktinerkloster gegründet und dem Bistum Freising übereignet. Von den Ungarn 955 zerstört, entstand es 1148 als Prämonstratenserkloster wieder. Im 30jährigen Krieg aufs neue zerstört (von den Schweden), wurde es von Cuvillies und anderen Rokoko-Künstlern neu erbaut. Nach der Säkularisation gelangte es in „profane“ Hände, wurde eine Steingutfabrik und sogar eine Badeanstalt, war schließlich im Besitz der Englischen Fräulein, bis Ludwig I. in seine Privatschatulle griff und es als Benediktinerkloster wieder entstehen ließ.

In einer (im bayerischen Staatsarchiv vorhandenen) Schenkungsurkunde aus der Zeit um 800 ist nachzulesen, dass sich die Bauern von Ursinshusen (=Irschenhausen) in den damals recht unruhigen Zeiten in den Schutz des Klosters Schäftlarn begaben, sie wurden damit 'Stiftsbauern'.

Einige von ihnen wurden Mönche dort, die anderen aber mussten Verpflichtungen übernehmen, d.h.: Zehntenabgabe (der zehnte Teil aus den Erzeugnissen der landwirtschaftlichen Betriebe wanderte ins Kloster), Hand- und Spanndienste und andere Arbeitsleistungen wurden für die Bauern zur Pflicht.

Ein Mann aus Neufahrn (auch dies stand unter dem Schutz des Klosters) erzählte uns, dass es einen Weg von Neufahrn durch den Wald nach Zell und weiter ins Kloster gäbe, der noch heute im Volksmund "Sautreiberweg" heisst. Da wurden also die jeweils zehnten Säue getrieben.

Die Bauern aus Irschenhausen brachten natürlich auch ihr Getreide zum Mahlen ins Kloster. Frau Schwarz, geb. Häuslmeier, aus Ebenhausen erzählte uns, dass das Korn ihres Vaters von Irschenhausen mit dem Ochsespann (Pferde besaßen nur die großen Bauern) auf der jetzigen Rodelbahn in die Klostermühle gebracht wurde. Die Kinder, die zum 'Aufpassen' dabei waren, bekamen für den beschwerlichen Heimweg vom Bruder Müller ein Butterbrot. Noch beschwerlicher aber hatten es die Baierbrunner, denn die mussten auch ins Kloster gehen.

Irschenhausen stand also - wie die meisten Dörfer Altbayerns - in einem festen Abhängigkeitsverhältnis zu 'seinem' Kloster, denn auch die Schule war dort unten. Altbürgermeister Stockers Großvater (1850 und 51 geboren) mussten noch dorthin in die Schule, sie war die einzige weit und breit. Erst 1876 gab es dann in Icking eine Schule.

Das Geschick Irschenhausens war eng mit dem Auf und Ab von Schäftlarn verbunden, während sich die Liebe der Irschenhausener zu Icking in Grenzen hielt. Eine junge Irschenhausenerin, vor etlichen Jahren von mir befragt, warum ihr Dorf zu kirchlichen Festen wie Prozessionen und Bittgängen viel mehr nach Norden zogen, obwohl der Weg ins Kloster doch viel weiter sei (die Hl. Kreuz Kirche in Icking gab es da schon lange), antwortete: "Ah, de Ickinger! De hoab'n bei uns doch allweil bloß "d'Pharisäer"! (Nach Brockhaus wurden die Pharisäer von Christus

nicht ihrer Lehre wegen, wohl aber wegen ihres Hochmuts und ihrer Heuchelei kritisiert!)

Woher kommt nun dieses Spannungsverhältnis? Vielleicht fühlten sich die Irschenhauser etwas zurückgesetzt, weil - als etwa 1815 die Gemeindeverwaltungen installiert wurden - nicht das viel größere Irschenhausen zum Gemeindegewählt wurde, sondern Icking. Das lag zwar an der Straße (von der Bahn war noch lange keine Rede), aber Irschenhausen war wesentlich größer. Es gab um diese Zeit nach einem Katasterplan von 1865 in Irschenhausen 27, in Icking 7 Wohnhäuser.

Irschenhausen war auch wesentlich älter, denn die dortige Filialkirche (ehemals eine Holzkapelle) wurde durch eine steinerne Kirche (St. Anian) ersetzt und schon 1160 geweiht.

Die Ickinger Filialkirche Hl. Kreuz ist ein spätgotischer Bau um 1500 - also auch hier 'übertrafen' die Irschenhauser die Ickinger in ihrer Historie. (In die sogenannte 'Filialkirche' Irschenhausen kam zu den Messen jeweils ein Pater vom Kloster, auch wurden die Prozessionen meist vom Kloster ausgerichtet bis vor etwa 25 Jahren.)

Während Irschenhausen nun also immer nach Norden tendierte, schaute es in Dorfen anders aus: Die waren sehr stolz auf ihr Dorf, sie hatten und unterhielten Beziehungen zu Aufkirchen, zu Prozessionen und Bittgängen gingen sie vorwiegend nach Münsing, Andechs, Nantwein, an Peter und Paul nach Beuerberg, nur einmal nach Icking. Deshalb waren die Dorfener auch nicht gar so begeistert, dass sie bei der Gemeinde-reform zu Icking kamen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Irschenhausener in der Regel nach Norden (vorwiegend Ebenhausen und Schäftlarn), Dorfener nach Süden heiraten.

Langsam aber lösen sich solche althergebrachten Barrieren doch auf. Man merkt es schon daran, dass immer mehr Leute, die man beim Spaziergehen oder Radeln trifft, freundlich "Grüß Gott" zueinander sagen, ganz gleich, ob sie sich kennen oder nicht. Das ist ein gutes Zeichen. Vielleicht wird auch die eine oder andere Hecke mit der Zeit etwas niedriger?!

Na also - Steuerreform verabschiedet!

von Frank Jaeger

Seit dem letzten Freitag (14.7.) ist einmal mehr alles anders. Politisch natürlich. Es scheint, Erfolg macht sexy. Und so werde ich ungewohnt häufig beglückwünscht zu einem Erfolg, zu dem ich nichts beigetragen habe. Von Menschen, von denen ich nicht sagen kann, dass sie mir besonders naheständen. Zu einem Thema, von dem wahrlich auch Experten kaum ehrlichen Herzens behaupten dürften, sie verstünden es gänzlich.

Das war ja dann wohl auch der Grund, warum der politische Hoffnungsträger der gebeutelten Bundes-CDU, Friedrich März, mit solchem Aplomb gescheitert ist. Am Ende hat dann wohl auch seine eigene Partei nicht mehr verstanden warum ein steuertheoretischer Streit über die Frage, ob ein Anrechnungsverfahren oder das Halbeinkünfteverfahren zweckmässiger sei, das Profil der CDU im Lande bestimmen sollte. Vermutlich weiss wohl auch der grössere Teil der Bevölkerung, unabhängig davon, ob er nun den SCHAUKASTEN, die SZ oder das Handelsblatt oder alle drei liest, nicht so genau wo in seiner Steuererklärung dieses Problem zum Tragen kommt. Es betrifft die Frage, wie Ausschüttungen und Dividenden körperschaftsteuerpflichtiger Unternehmen beim Anteilseigner zu behandeln sind. Wahrlich nicht der Knackpunkt einer 45-Milliarden-Reform!

„Foul“, schreien nun süddeutsche Konservative lauthals. Eichel und Schröder hätten den Föderalismus beschädigt, gar die Stimmen von Bremen, Berlin und Brandenburg gekauft (alleamt rot-schwarz regiert). Das ich nicht lache! Die Länder sind zunächst mal ihren Eigeninteressen verpflichtet. Eine Blockade der Steuerreform hätte der Finanzausstattung der Länder nichts gebracht, die absurden Ankündigungs- und Absenkungsorgien von CDU und CSU hätten die Länder tatsächlich empfindlich in ihrem Säckel getroffen, wenn sie denn wahr geworden wären. Und übrigens Bayerische Staatsregierung: Es ist ja wohl ein wenig naiv zu glauben, gerade von den Ländern, die die Verlierer eines nach süddeutschen Wünschen umgebastelten Länderfinanzausgleichs wären, eine besondere Solidarität zu verlangen.

Wenn Bayern, Baden-Württemberg und Hessen in Karlsruhe gegen den Länderfinanzausgleich klagen, machen sie sich verständlicherweise keine Freunde bei denen, die unmittelbare Verlierer einer Neuordnung wären.

Schlimm, schlimm, dass genau diejenigen jetzt schreihälsig Konsequenzen fordern, die selbst an der verkorksten Strategie der Union massgeblich Regie geführt haben. Es war das trio infernale aus Stoiber, Huber, Faltlhauser, welches März und Merkl, die beide erst noch in ihre Schuhe hineinwachsen mussten in die totale Obstruktion hineingepeitscht hat. Dass man sich auch anders profilieren kann, ist denjenigen, die einst Oskar Lafontaine für seine vorgebliche Blockadepolitik verflucht haben nie klar geworden. Nachgerade erheiternd, wie die Union Stück für Stück den Rückhalt aus ihrer einstmals kräftig sprudelnden Spendenquelle, dem Industrie- und Unternehmerlager, verloren hat. Musste ich mir seit der Bundestagswahl in einem fort anhören, die sozialdemokratische Regierungspolitik sei Stückwerk und selbst das, was gelänge würde unter aller Kanone verkauft und kommuniziert werden, hat die politische Bühne wiedereinmal ein Lehrstück dafür aufgeführt, dass Fehleinschätzungen, Irrtümer und Pleiten auch demjenigen passieren, der aus der vermeintlich sicheren Deckung der Oppositionsbänke heraus noch die luftigsten aller Luftschlösser bauen will.

Für Schröder&Co. war der Erfolg im Bundesrat entscheidend, denn für Stillstand und Reformunfähigkeit wird unabhängig von der tatsächlichen Lage immer zuerst die Regierungspartei in Haftung genommen. Für die Bürgerinnen und Bürger war der Freitag noch viel bedeutender, denn sie und die Wirtschaft haben eine entscheidende finanzielle Entlastung und eine verlässliche Planungsgrundlage. Als Sozialdemokrat kann ich mit dem Ergebnis leben. Es ist nicht alles Gold was glänzt, aber der respektabelste Schritt seit langer, langer Zeit. Dass diejenigen, die viel zu lange die Abgabenlast der Bevölkerung hochgetrieben haben, davon sprechen, die Steuerreform habe eine soziale Schieflage, ist nicht nur besonders dreist - es glauben zum Glück nur wenige.